

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 73 (1986)  
**Heft:** 2: Lehrerwahlen

**Rubrik:** Schulszene Schweiz

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

keit von C.G. Jung erfasst werden. Zum Denken in religiösen Kategorien gehörten auch die Symbolbilder, die im jungen Menschen als innere Realität vorhanden seien und mit Hilfe derer äussere Erfahrungen gedeutet würden. Religiöse Erziehung habe daher die Aufgabe, zu helfen, einen sinnvollen Bestand an lebendigen religiösen Symbolen aufzubauen.

Zusammenfassend stellte Dr. Friedrich Schweitzer folgende Forderungen an den Umgang der Religionspädagogik mit kindlichen Weltbildern auf: alle entsprechenden unterrichtlichen Bemühungen hätten sach-, kind- und zeitgemäss zu sein. Er gab zu, dass die drei Maximen in einem spannungsvollen Verhältnis zueinander stünden. Wie kann man etwa der Sache des christlichen Glaubens gerecht werden, wenn das Kind alle Inhalte seinem Weltbild anpasst? Führt ferner Kindgemässheit nicht zu einer Identifikation von Religion mit kindlichen Vorstellungen? Anhand von drei historisch lokalisierbaren

Modellen des religionspädagogischen Umgangs mit kindlichen Weltbildern zeigte Dr. Schweitzer die bisher beschrittenen Wege auf.

Die Tagungsteilnehmer stimmten darüber überein, dass die Offenheit für kindliche Weltbilder der christlich-theologischen Anthropologie des Kindes und ihrer Würdigung des Kindseins als eines vollwertigen Seins entspreche. Deutlich wurde ferner, dass die Frage nach dem Weltbild bisher nicht zu einem wichtigen forschungsmässigen Anliegen der Religionspädagogen gehörte. Einige erste Ansätze, wie die Untersuchungen am Pädagogischen Institut der Universität Fribourg zeigten aber, dass sich entsprechende Bemühungen lohnen könnten. Es wurde beschlossen, den begonnenen Dialog zwischen Vertretern der religionspädagogisch bedeutsamen Fachwissenschaften auch nächstes Jahr fortzusetzen.

Ernst Preisig

---

---

## Schulszene Schweiz

---

---

### **Bis 1990 ein Sechstel weniger Gymnasiasten und Berufsschüler**

Was seit zehn Jahren die obligatorische Schule kennzeichnet, wird im Schuljahr 1985/86 auch in den nach-obligatorischen Ausbildungen einsetzen: der Schülerrückgang. Er wird den Maturitäts- und Berufsschulen bis 1990 einen Schülerschwund bis zu einem Sechstel und bis 1993 bis zu einem Viertel der jetzigen Bestände bescheren. In der obligatorischen Schule wird die Talfahrt der Bestände erst 1990 von einem leichten Wiederanstieg gebremst werden. Dies geht aus der Schülerprognose 1984–94 hervor, die von der Schweiz. Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen (CESDOC) erarbeitet und zusammen mit der Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) und dem Bundesamt für Statistik (BFS) soeben veröffentlicht worden ist. Heute zählt die *obligatorische Schule* 745 000 Schüler; das sind 160 000 weniger als vor zehn Jahren. Bis 1990 wird sie wegen der geburtenschwachen Jahrgänge weitere 70 000 verlieren. Vor einem leichten Wiederanstieg werden die Bestände der Primarschule 1987/88 einen vorläufigen Tiefstand erreichen, jene der Sekundarstufe I im Jahre 1991/92. Die Folgen des Schülerrückgangs waren bisher deutlich kleinere Klassen (gegenwärtig weist die durchschnittliche Klasse 19 bis 20 Schüler auf), aber auch stellenlose Lehrkräfte und Dorfschulen, die in ihrer Existenz bedroht sind.

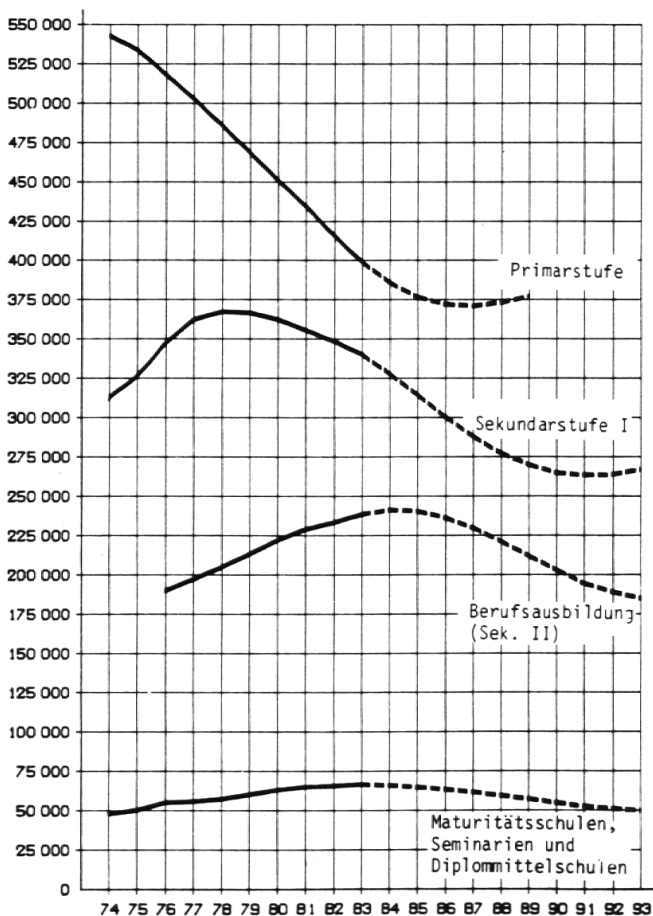
Obwohl die Zahl der 17-jährigen Jugendlichen bereits seit 1981 zurückgeht, verminderten sich bis zum Schuljahr 1984/85 die Eintritte in die *nach-obligatorischen Ausbildungen* keineswegs, sondern stiegen noch an, wie in der Berufsausbildung, oder stagnierten, wie in den Maturitätsschulen. Der Schülerrückgang auf der Sekundarstufe II setzt später ein, weil in den letzten Jahren sich eine Tendenz zeigte, die Schulzeit vor dem Eintritt in die Berufsausbildung zu verlängern (schulische Zwischenlösungen), und weil – im Vergleich zu früher – mehr weibliche und ausländische Jugendliche überhaupt eine nach-obligatorische Ausbildung absolvieren. Die derart erhöhte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen kompensierte bisher den Rückgang der Schulabgänger. Vom Schuljahr 1985/86 an wird dieser Effekt aber verschwinden: der Schülerrückgang wird in den kommenden Jahren auch die Schulen der Sekundarstufe II kennzeichnen.

Die *Maturitätsschulen* werden 1990 gesamtschweizerisch 20% weniger Eintritte verzeichnen als heute und die gesamte Schülerzahl wird um 17% tiefer liegen. Die Prognose geht davon aus, dass in den kommenden Jahren der Anteil der Schulabgänger, die in eine Maturitätsschule übertreten, von den jetzigen Werten nicht wesentlich abweicht. Die prognostizierten Schülerbestände folgen damit praktisch der demographischen Entwicklung: den sinkenden Schulabgänger-Zahlen.

Für die *Berufsausbildung* wurden mehrere Prognose-Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zur künftigen Entwicklung durchgerechnet. Für vier grosse Berufsgruppen liegen zudem separate Prognosen vor, die zusätzlich nach Geschlecht und Nationalität differenziert sind. Die reale Entwicklung in den nächsten Jahren wird mit grösster Wahrscheinlichkeit zwischen zwei Hauptvarianten verlaufen, der eher «pessimistischen» und der eher «optimistischen». Die eher «pessimistische» Variante legt der künftigen Entwicklung dasselbe Verhalten zugrunde, wie es in den letzten drei Jahren bei den Schulabgängern beobachtet wurde. Für 1990 rechnet sie, verglichen mit heutigen Verhältnissen, bei den Eintritten in eine Berufsausbildung mit einem Rückgang von 18 % und beim Total der Berufsschüler von 13 %.

Die eher «optimistische» Variante nimmt eine weiter wachsende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen an, vor allem vonseiten der weiblichen und ausländischen Jugendlichen. Der prognostizierte Rückgang der Berufsschüler fällt demzufolge kleiner aus: Gegenüber heute weist diese Variante für 1990 ein Minus von 14 % bei den Eintritten und von 4 % bei der gesamten Schülerschaft aus. Die Publikation «Morgen – wieviele Schüler?» enthält ausserdem eine Prognose für die Kindergärten, für die Schüler mit besonderem Lehrplan (Sonderschulen), für die Diplommittelschüler und die Primarlehrkräfte-Seminarien. (Zu beziehen ist sie bei: CESDOC, Route des Morillons 15, 1218 Le Grand-Saconnex; Tel. 022 - 98 45 32). Bundesamt für Statistik

Schülerbestände von 1974 bis 1993



## Morgen... wieviel Schüler?

Aus den Ausführungen von Jean Cavadini, Präsident der EDK, anlässlich der Vorstellung der Schülerprognosen (Pressekonferenz vom 13.1.1986):

Die Prognosen, die wir Ihnen heute vorstellen können, zeigen mit aller Deutlichkeit, dass das Schulwesen in Bewegung ist. Die Schülerzahlen aller Stufen haben sich in den letzten Jahren stark verändert, und sie werden sich weiterhin erheblich ändern. Die Primarschule beispielsweise hat seit 1973 fast 170 000 Schüler verloren; diese Zahl entspricht der Zahl der Einwohner unseres flächenmässig grössten Kantons, des Kantons Graubünden! Diese Entwicklung hat in erster Linie zu einer starken Senkung der Klassenbestände geführt. Während der Durchschnittsbestand noch vor wenigen Jahren bei 30 lag, liegt er heute um 20. Die starke Reduktion der Abteilungsbestände konnte dennoch nicht verhindern, dass in vielen Kantonen ein Überangebot an ausgebildeten Lehrern besteht. Weitere Probleme seien etwa durch die Stichworte: Zunahme der mehrklassigen Abteilungen, Erhaltung der Dorfschule, Integration der behinderten Kinder in die (kleiner gewordenen) Normalklassen, angedeutet.

Ähnliche Probleme treffen nun immer deutlicher auch im Bereich der post-obligatorischen Schulen auf: Die Prognosen zeigen, dass die Schülerzahlen der Gymnasien und der Berufsschulen in den nächsten Jahren stark zurückgehen werden. Erfreulicherweise steigt zwar das Interesse an einer längeren und intensiveren Ausbildung; die Zahl der Lehrlinge und der Mittelschüler nimmt relativ zu. Diese relative Zunahme ist aber nur ein kleines Korrektiv zur demographischen Situation, die eben doch zur Abnahme der effektiven Schülerzahlen führt. Die Schulen und die Wirtschaft werden einen recht schwierigen Anpassungsprozess durchstehen müssen; neben Problemen der Überkapazität wird auch die Frage diskutiert werden müssen, wie verhindert werden kann, dass der «Kampf um den Lehrling oder um den Schüler» nicht zu einer Senkung des Ausbildungsniveaus führt.

## Aus einem Gespräch mit EDK-Sekretär Moritz Arnet: «Einen schweizerischen Trend gibt es nicht»

170 000 Schüler weniger als 1973 besuchen heute in der Schweiz die Schulen: Dies führt unweigerlich nicht nur zu kleineren Klassen, auch ein Überangebot an ausgebildeten Lehrern oder leere Schulhäuser sind die Folge dieser Entwicklung. Die Schweiz bildet indes keine Einheit: Besuchen beispielsweise im Kanton Jura 16,9 Schüler eine Schulklasse, sind es im Kanton Obwalden noch 22,2 Schüler. Neben diesen Faktoren, die in den Kantonen unterschiedlich stark auftreten, ist in den letzten Jahren aufgrund dieser Entwicklung die nachobligatorische Ausbildung zu einem Problem der Erziehungsdirektoren geworden. Die jüngsten Prognosen rechnen in den nächsten Jahren mit einem starken Schülerrückgang in den Gymnasien und Berufsschulen. Doch auch hier will Arnet die Relationen wahren: «Vergleicht man die Maturandenzahlen in den Stadtkantonen Genf und Basel (über 30 Prozent der Schüler) mit jenen des Luzerner

Hinterlandes (unter sieben Prozent), so stellt sich schnell einmal heraus, dass in der ländlichen Gegend ein Nachholbedarf vorhanden ist.» Auch wenn nicht die gleiche Maturandenquote erreicht werden solle («Das Stadt-Land-Verhältnis wird nie gleich sein»), können nach Arnet doch noch manche Kantone bei den Schülern freie Kapazitäten ausschöpfen und damit zu einer Entschärfung ihres Problems beitragen.

Schule und Wirtschaft stehen in den nächsten Jahren vor einem schwierigen Anpassungsprozess. Wie soll verhindert werden, so fragt sich die EDK, dass es zu einem «Kampf um den Lehrling oder um den Schüler» und damit zu einer Senkung des Ausbildungsniveaus kommt? Moritz Arnet, für den die Mittelschule in den letzten Jahren vermehrt zu «einer höheren Volksschule» geworden ist, sieht für jene kantonalen Mittelschulen, die heute unter Schülermangel leiden, eine Lösung, indem sich die gymnasiale Mittelschule zur Diplommittelschule ausweitet, wie das zurzeit im Kanton Luzern diskutiert werde. Und sollte sich bei den Maturanden der Trend fortsetzen, nach der Matura immer weniger häufig eine Hochschule zu absolvieren, stellt sich für die Erziehungsdirektoren in der Tat die Diplommittelschule schnell einmal als Alternative dar. Einsamer Spitzenreiter unter den Kantonen ist hier Basel-Stadt, wo 1983 auf einen Maturanden zwei Diplommittelschüler kamen. Neuenburg als anderes Extrem kam hier auf einen Prozentsatz von 12,3 Diplommittelschülern.

(Ro. in Vaterland vom 14.1.86)

#### «Pillenknick» schlägt auch auf Hochschulen durch

Der «Pillenknick» in den sechziger Jahren schlägt nicht nur auf die Maturitäts- und Berufsschulen, sondern auch auf die Hochschulen durch. In den nächsten Jahren sinken nach den vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) veröffentlichten Studentenprognosen 1985–1993 die Studienanfänger-Zahlen relativ rasch ab. Bis die geburtenstarken Jahrgänge von den Hochschulen abgehen, wird aber kurzfristig noch ein stärker als ursprünglich prognostizierter Anstieg der Studentenzahlen auf rund 80000 erwartet.

#### Ein Romand wird EDK-Präsident

Mit Staatsrat Jean Cavadini, Erziehungsdirektor des Kantons Neuenburg und Nationalrat, wird, erstmals seit der Neuorganisation von 1969, ein welscher Erziehungsdirektor die Erziehungsdirektorenkonferenz präsidieren. Cavadini tritt die Nachfolge des St.-Galler Erziehungsdirektors Ernst Rüesch an, der die Konferenz in den letzten vier Jahren präsiert hat.

Am 1. Januar 1986 übernimmt der Neuenburger Staatsrat Jean Cavadini die Leitung der Erziehungsdirektorenkonferenz für die Amtsdauer 1986–1989. Er übernimmt damit den Vorsitz der Plenarversammlungen und des EDK-Vorstands und wird auch die Schweizer Delegation an den Konferenzen der Europäischen Erziehungsminister leiten. Seit sich die EDK im Jahre 1968, in der Absicht, die Schulkoordination voranzutreiben und eine kontinuierliche Arbeit sicherzustellen, ein ständiges Präsidium geschaffen hat, haben Vertreter der Deutschschweiz den Vorsitz innegehabt (1969–73 Dr. Hans Hürlimann, Zug; 1973–81 Dr. Alfred Gilgen, Zürich; 1981–85 Ernst Rüesch, St. Gallen).

Jean Cavadini amtet seit 1981 als Erziehungsdirektor des Kantons Neuenburg. Als ehemaliger Gymnasiallehrer, Vizepräsident des Vereins schweizerischer Gymnasiallehrer und Delegierter für die Schulkoordination der Westschweiz ist er mit den Bildungsfragen und den Problemen der interkantonalen Zusammenarbeit bestens vertraut.

#### EDK: Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren beschloss am 24.10.1985 die folgenden Empfehlungen und Grundsätze:

1. Die EDK bekräftigt den Grundsatz, die fremdsprachigen Kinder in die öffentlichen Schulen zu integrieren. Jede Diskriminierung ist zu vermeiden. Die Integration respektiert das Recht des Kindes, die von den Eltern gelebte kulturelle Identität zu bewahren.

## Sie wollen Ihr eigenes Haus bauen?



Bei Marty finden Sie viele schön gestaltete Bauten mit praktischen Grundrissvorschlägen. Vorzügliche Bauqualität, günstige Festpreise und unsere Erfahrung seit über 50 Jahren garantieren für Ihre Sicherheit. Die immer angenehm warme Holzkonstruktion, bis 120 mm Wärmeisolation ( $k = 0,3 \text{ Wm}^2\text{K}$ ) und viel sauber verarbeitetes Naturholz aus der eigenen Schreinerei machen Marty-Häuser so wohnlich. Ihre Grundriss- und Ausbauwünsche sind kein Problem dank dem äusserst flexiblen Baukonzept!

Legen Sie den Grundstein für Ihr eigenes Haus, verlangen Sie die ausführliche Marty-Baumappe!

**marty** wohnbau ag 9500 wil

Tel. 073 22 36 36

**Coupon** für die Gratis-Baumappe. Einsenden an:  
Marty-Wohnbau AG, Sirmacherstrasse, 9500 Wil

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel.Nr.: \_\_\_\_\_

Ich habe Bauland:  Ja  Nein



2. Den Kantonen wird empfohlen:
  - die Integration im Vorschulalter zu fördern und den Kindern einen zweijährigen Kindergartenbesuch zu ermöglichen;
  - bereits im Vorschulalter einen unentgeltlichen zusätzlichen Unterricht in der Umgangssprache anzubieten;
  - den direkten Eintritt in die der Vorbildung und dem Alter entsprechenden Schultypen und Klassen der öffentlichen Schulen, unterstützt durch unentgeltliche Förder- und Sprachkurse, zu gewährleisten;
  - neuzugewanderten Schülern der Oberstufe den Übertritt ins Berufsleben durch besondere Ausbildungsangebote zu erleichtern;
  - bei Promotions- und Selektionsentscheidungen die Fremdsprachigkeit und das Mehrwissen in der heimatlichen Sprache und Kultur angemessen zu berücksichtigen. Vor allem ist zu vermeiden, dass fremdsprachige Kinder wegen mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache in Hilfs- und Sonderklassen eingewiesen werden;
  - allen Kindern, die es nötig haben, ausserschulische Hilfe anzubieten;
  - die Lehrerschaft auf den Unterricht mit ausländischen Kindern vorzubereiten (Lehrerbildungsinstitutionen, Lehrerfortbildung) und die Zusammenarbeit zwischen ausländischen und einheimischen Lehrern zu fördern;
  - die Eltern in den Integrationsprozess ihrer Kinder einzubeziehen. Die Eltern sind von den zuständigen Schulbehörden in allen wichtigen Fragen anzuhören;
  - den Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur von mindestens zwei Stunden wöchentlich innerhalb der Volksschule zu gestatten;
  - interkulturelle Kontakte und Unterrichtsformen auf allen Stufen zu ermöglichen und, wenn nötig, sie zu unterstützen.
3. Den Schulgemeinden wird empfohlen, ihre Einrichtungen und das nötige Schulmaterial als wichtigen Integrationsbeitrag für die Belange der Bildung und Ausbildung der ausländischen Kinder und Erwachsenen zur Verfügung zu stellen.
4. Die EDK appelliert an die ausserschulischen Organisationen, sich mit der schwierigen Situation vieler ausländischer Jugendlicher, Erwachsener und Eltern auseinanderzusetzen und ihnen Hilfen anzubieten.

### **Stellungnahme der EDK zum «Bundesgesetz über die Unterstützung von Schweizer Schulen im Ausland»**

Die Erziehungsdirektorenkonferenz begrüsst die Absicht des Bundes, ein neues Gesetz über die Schweizer Schulen im Ausland zu erlassen. Sie stimmt dem vom Eidgenössischen Departement des Innern vorgelegten Gesetzesentwurf zu. Einzelne Vorbehalte zielen darauf ab, die Qualität der Auslandschweizer Schulen vermehrt zu kontrollieren. Andererseits legt die EDK Wert auf eine grosszügige Praxis der Bundeshilfe; Schweizer Schulen sollen auch dann gefördert werden, wenn der Anteil der Schweizer Schüler relativ gering ist oder wenn der Rückgang der Schweizer Schüler nur vorübergehend erscheint.

### **Examensnoten: Recht auf Begründung**

Nach einer Bundesgerichtsentscheidung können Kandidaten, die das Ergebnis wichtiger Prüfungen anzweifeln und zum Verbessern ihres Wissens aus ihren Fehlern lernen oder die Noten anfechten möchten, eine Begründung der erlangten Bewertungen verlangen. Der Entscheid der II. Öffentlichrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts bezieht sich auf den Fall eines angehenden Bündner Anwalts, der nach der schriftlichen Prüfung von der mündlichen ausgeschlossen worden war. Der Entscheid bedeutet nicht, dass alle Examensnoten zu begründen wären. Die Begründung hat nur auf Verlangen vor sich zu gehen und nicht mehr als in vernünftigem Rahmen Auskunft zu geben. Damit soll dem Bundesgericht im Beschwerdefalle auch besser ermöglicht werden, sich ein Bild davon zu machen, ob nach sachgerechten Gesichtspunkten benotet wurde. Das Urteil kam zustande, weil im Kanton Graubünden ein Anwärter auf das Rechtsanwaltpatent im dritten Anlauf die schriftliche Prüfung nicht geschafft hatte. Er wurde infolgedessen vom mündlichen Examen ausgeschlossen, ohne dass er oder das von ihm angerufene Bundesgericht im einzelnen wusste warum.

### **Erwachsenenbildung im Aufwind**

Gegen 2900 Personen haben sich dieses Jahr in Basel für den Besuch der Kurse der Senioren-Universität angemeldet, fast 500 mehr als in früheren Semestern. Damit ist diese Einrichtung an ihre räumliche Grenzen gestossen, und es stellt sich auch hier die Frage der Zulassungsbeschränkung. Der Kanton Luzern weist die höchste Volkshochschuldichte der Schweiz auf. Dem Verband Luzerner VHS sind 17 autonome Sektionen angegliedert.

### **Ausserschulische Jugendarbeit**

Der Bundesrat will die *ausserschulische Jugendarbeit* unterstützen und den *Bildungsurlaub* für Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer unter 30, die in diesem Bereich aktiv sind, einführen. Er hat am Montag – just vor Ablauf des Jahrs der Jugend – das *Departement des Innern* ermächtigt, einen entsprechenden Gesetzesentwurf bis Ende April 1986 in die Vernehmlassung zu schicken. Die beiden jugendpolitischen Anliegen sind mehrere Jahre alt und verschiedentlich von parlamentarischen Vorstössen unterstützt worden. Im letzten Jahr reichten die Jugendorganisationen zudem eine von rund 80 000 Jugendlichen und Erwachsenen unterzeichnete *Petition* für den sogenannten Jugendurlaub ein. Auf Drängen des Parlaments nahm der Bundesrat die beiden Vorhaben wieder in die Regierungsrichtlinien 1983–87 auf. In den *rund 80 schweizerischen Jugendorganisationen* sind heute über 500 000 Kinder und Jugendliche aktiv. Sie werden von mehreren tausend Leitern betreut, die jährlich einen grossen Teil ihrer Freizeit dafür opfern. Der Bund leistet seit 1972 finanzielle Hilfe, gegenwärtig jährlich 1,08 Millionen Franken; ab 1987 sollen es 2 Millionen sein.